

ABC des Marxismus

G wie Gewerkschaften

Gewerkschaften sind die elementarsten Organe der Arbeiter*innen zur Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen – also für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Schutz vor willkürlichen Entlassungen etc. Ihr Entstehen im 19. Jahrhundert war die logische Konsequenz aus der Ohnmacht der einzelnen Arbeiter*innen gegenüber den Kapitalist*innen. Ihre wichtigsten Waffen – Streiks und Besetzungen – können die Lohnabhängigen nur einsetzen, wenn sie ihre Konkurrenz untereinander überwinden und sich kollektiv organisieren.

Das erfordert aber unweigerlich einen Apparat von Funktionär*innen, der die tag-

tägliche Verwaltung übernimmt. Wie jeder Apparat, birgt auch dieser die Gefahr, eigene Interessen zu entwickeln: Wenn ein*e Funktionär*in innerhalb der Gewerkschaft eine deutlich bessere Stellung genießt als das durchschnittliche Basismitglied, besteht das vorrangige Interesse dieser Person bald nicht mehr in der Verbesserung der ökonomischen Situation aller Lohnabhängigen sondern vor allem im Erhalt ihrer eigenen Privilegien.

Das zeigt sich besonders deutlich an den Spitzen heutiger Gewerkschaften, deren Vorsitzende selten unter 10.000 Euro pro Monat verdienen. Diese Gewerkschaftsbürokrat*innen

sitzen zusätzlich in Aufsichtsräten großer Konzerne, die ihnen dafür weitere üppige Gehälter zahlen – kein Wunder also, dass sie ihre Mitglieder selten zu wirklich schlagkräftigen Streiks mobilisieren.

Damit Gewerkschaften zu Instrumenten aller Lohnabhängigen werden, bedarf es einer Demokratisierung aller Strukturen. Kolleg*innen an der Basis müssen sich unabhängig organisieren und ihre Arbeitskämpfe selbst in die Hand nehmen. Funktionär*innen müssen jederzeit durch die Basis (ab)wählbar sein und dürfen nicht mehr als einen Durchschnittslohn verdienen.



Geflüchtete kämpfen weiter

Immer noch besetzen Geflüchtete den Pariser Platz am Brandenburger Tor. Obwohl ihr Hungerstreik vorbei ist, sind ihre Forderungen gleich geblieben, auch wenn die Umstände härter werden. Die Temperaturen haben mittlerweile die Null-Grad-Grenze unterschritten und die Schikanen der Polizei halten bei Tag und Nacht an. Ferner ist es ihnen untersagt, sich mit wärmender Kleidung auszustatten. Selbst Sanitärer*innen, welche vor Ort den Gesundheitszustand der Geflüchteten untersuchen, dürfen keine Zelte errichten. Wenn sie es trotzdem tun, werden sie entfernt, sowie Schlafsäcke, Decken und alles, was Schutz vor Kälte und Wind bieten könnte.

Mittlerweile haben es die Demonstrierenden geschafft, eine gewisse Öffentlichkeit zu erreichen. Unterdessen gehen die Debatten um eine Verschärfung der Aufnahmebedingungen und der Lebensbedingungen für Asylbewerber*innen weiter.

Die Forderungen sind nach wie vor: Abschaffung der Residenzpflicht, Abschaffung der Lager, welche regelmäßig von Faschist*innen angegriffen werden, Arbeits- und Lernerlaubnis sowie das Ende rechtlicher Verfolgung der Demonstrierenden durch das Strafgesetz. Der aktuelle Protest ist die bisher erfolgreichste Aktion gegen die rassistische Asylpolitik der BRD. Es ist notwendig, nicht nur individuell Solidarität zu zeigen, sondern gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Organisationen an Schulen, Universitäten und in Betrieben eine große Kampagne gegen die rassistische Spaltung durch die Kapitalist*innen und den Staat, für die Rechte der Geflüchteten zu starten.

WAFFENDERKRITIK wird auf offenen Treffen erarbeitet:

An der **FU Berlin** jeden **Donnerstag** um **16 Uhr** im Foyer vor der Mensa II (Silberlaube).

An der **Uni Potsdam** am **21.11.** um **16 Uhr** am Campus Griebnitzsee vor dem Mensaeingang im Haus 6.

Sprecht uns an oder schreibt uns: ✉ waffenderkritik@riseup.net

Gegen das Betreuungsgeld!

Das Betreuungsgeld ist nun also beschlossene Sache: Eltern, die ihre Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren nicht in staatlichen Einrichtungen betreuen lassen, erhalten ab nächstem Jahr 100 Euro im Monat. De facto erhalten vor allem Frauen* das Betreuungsgeld, da sie es in den allermeisten Fällen sind, die für den größten Teil der (unbezahlten) Haus- und Erziehungsarbeit als verantwortlich gelten. Auf den ersten Blick könnte es so erscheinen, als ob das Betreuungsgeld diese unbezahlte Arbeit anerkennt und sichtbar macht. Die Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre, in der die unbezahlte Arbeit geleistet wird, dient dem Zweck, durch die Nichtbezahlung von Reproduktionsarbeit die Kapitalverwertung profitabler zu gestalten. Dies kann nur durch eine Vergesellschaftung der Haus- und Erziehungsarbeit überwunden werden.

Durch das Betreuungsgeld wird das Modell mit einem/einer Ernährer*in auch über die Zeit seiner Zahlung hinaus zementiert. Gemeinsam mit dem Ehegattensplitting und der ungleichen Bezahlung für Lohnarbeit von Männern* und Frauen* verstärkt das Betreuungsgeld die ungleiche Verteilung von unbezahlter Arbeit und normalisiert damit auch die Trennung von privatem und öffentlichem Bereich.

Desweiteren ist das Betreuungsgeld ein Instrument ausschließlich für Gutverdienende: Hartz-IV-Empfänger*innen wird es in vollem Umfang angerechnet, Alleinerziehende und prekär Beschäftigte können es sich nicht leisten, auf Lohnarbeit zu verzichten. Und nicht zuletzt wirkt das Betreuungsgeld wie eine Subvention für den privaten Bildungsmarkt, da Gutverdienende noch Unterstützung bekommen, wenn sie ihre Kinder in teure Privatkittas schicken. So wird die soziale Selektion immer stärker ausgedehnt. Das Betreuungsgeld ist ein weiterer Beweis dafür, dass Frauenbefreiung und die Überwindung der Klassenverhältnisse miteinander gedacht werden müssen.

Die „“ sollen dem rein gesellschaftlichen Charakter der Zweigeschlechtlichkeit Rechnung tragen.*

Aus der Reihe:

Linker Feminismus und Genderpolitik



Herausgegeben von
R10 und unabhängigen Studierenden

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

VSdP: R. Müller, Hamburg